

# Politik Chronik



„Den ganzen Tag fernsehen und Sachen erfinden löst keine Probleme.“

Der frühere US-Präsident Barack Obama mit Blick auf den amtierenden Präsidenten Donald Trump

## Salvini beschuldigt Lamorgese

ROM (mit). Nach der brutalen Messerattacke in Nizza verschärfen die Rechtsparteien ihre Kritik an der Einwanderungspolitik der Regierung Conte. Ex-Innenminister und Lega-Chef Matteo Salvini forderte von der Regierung klare Informationen darüber, wie viele Migranten am 20. September zusammen mit dem 21-jährigen Attentäter Brahim Aoussaoui auf Lampedusa eingetroffen seien. „Wie viele illegale Migranten wie Aoussaoui sind noch in Italien unterwegs? Wie viele sind untergetaucht? Wir verlangen von Innenministerin **Luciana Lamorgese** eine Antwort“, sagte Salvini. Er bezeichnete Lamorgese als „Phantom-Ministerin“, die die Italiener den Gefahren einer ungeregelten Einwanderung ausgeliefert habe. Der Lega-Chef forderte den sofortigen Rücktritt der parteilosen Ministerin. „Die Regierung Conte muss erklären, wie es möglich ist, dass ein Fundamentalist ungestört auf Lampedusa eintrifft und nach Frankreich reist“, so die Chefin der Rechtspartei „Fratelli d'Italia“ Giorgia Meloni. Die Regierung Conte müsse sich bei Frank-



Luciana Lamorgese ANSA

reich entschuldigen, weil sie den tunesischen Angreifer nicht gestoppt habe, forderte Meloni und verlangte, dass die Innenministerin vor dem Parlament über den Fall berichten solle. Lamorgese wies die Vorwürfe zurück: „Die Messerattacke ist ein Angriff auf Europa, wir tragen dafür keine Verantwortung.“ Die Staatsanwaltschaft der Stadt Bari hat indes Ermittlungen gegen den mutmaßlichen Attentäter von Nizza eingeleitet. Der Attentäter hatte eine 2-wöchige Quarantäne an Bord eines Schiffes verbracht und war dann in einer Flüchtlingsunterkunft in Bari untergebracht worden. Danach tauchte er unter.

## „Ein wichtiges Ergebnis“

ROM. Der Senat in Rom hat den Gesetzentwurf zur sofortigen Umsetzung der EU-Richtlinien in Sachen Copyright-Schutz gebilligt. Damit kommt die Kommission den Forderungen des italienischen Verlegerverbands FIEG nach. „Es handelt sich um ein wichtiges Ergebnis zum Schutz der Investitionen der Verlagshäuser und zum Schutz der Arbeit der Journalisten im digitalen Zeitalter“, kommentierte FIEG-Präsident **Andrea Riffeser Monti**. Zugleich sei mit dem Gesetz keine Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit der Internet-User im Netz verbunden. Jetzt heiße es, schnell voranzuschreiten, damit das Gesetz auch von der Abgeordnetenkammer verabschiedet werde. Ziel sei der sofortige Start von Verhandlungen mit digitalen Plattformen,



um diese zu zwingen, die Urheber, also Journalisten, aber auch Verleger zu bezahlen, wenn sie Nutzern auf ihren Seiten Zugang zu Medieninhalten gewähren. Derzeit verlinken Google News und andere Sammler journalistische Erzeugnisse im Netz, ohne dafür Geld zu bezahlen. Jetzt sei es wichtig, dass auch die Abgeordnetenkammer rasch das Gesetz verabschiedet.

# Was von Trump und Biden bei Wahlsieg zu erwarten ist

US-WAHL: Coronakrise als wichtigster Faktor – Bei anderen politischen Themen zentrale Unterschiede

WASHINGTON (APA/dpa). Die Versprechen von Donald Trump und Joe Biden vor der US-Wahl am 3. November kann man eigentlich auf eine einfache Formel reduzieren: Der Präsident verspricht noch mehr von der bisherigen Trump-Politik – und sein Herausforderer meist das Gegenteil. Ein Blick auf die Positionen bei zentralen politischen Themen:

**Coronavirus:** Beim inzwischen bestimmenden Thema für den Wahlkampf und die USA insgesamt könnten die Positionen der Kandidaten kaum unterschiedlicher sein. Donald Trump sagt in seinen täglichen Wahlkampfreden immer wieder, man werde bald über den Berg sein. Er setzt auf eine schnelle Verbreitung von Impfstoffen und Medikamenten wie Remdesivir und des Antikörper-Cocktails der Firma Regeneron, mit denen er selbst als Covid-19-Patient behandelt wurde. Biden unterdessen will bis dahin eine möglichst breite Nutzung von Masken durchsetzen. Er kann dies zwar rechtlich kaum landesweit vorschreiben, hofft aber, die Gouverneure zu überzeugen.

**Wirtschaft:** Trump reklamiert für sich, „die größte Wirtschaft in der Geschichte“ geschaffen zu haben, unter anderem durch niedrigere Steuern. „Wir haben Amerika wieder reich gemacht“, sagt er und verweist auf einen Anstieg der Aktienkurse, während viele Amerikaner nach wie vor in 2 oder 3 Jobs arbeiten, um über die Runden zu kommen. Biden tritt dagegen mit dem Versprechen an, Bürger mit besonders hohem Einkommen und Unternehmen



Wenige Tage vor der US-Präsidentschaftswahl haben sich Amtsinhaber Donald Trump und Herausforderer Joe Biden ein Fernduell im wichtigen Bundesstaat Florida geliefert. APA/afp

zur Kasse zu bitten. „Wer weniger als 400.000 Dollar (rund 342.000 Euro) pro Jahr verdient, bezahlt keinen Cent mehr“, verspricht Biden.

**Gesundheitswesen:** Die Republikaner kämpfen seit Jahren dafür, die Gesundheitsreform von Präsident Barack Obama zu kippen, die rund 20 Millionen Amerikaner eine Krankenversicherung brachte – aber zum Teil auch höhere Zahlungen. Trump verspricht fortwährend einen eigenen Gesundheitsplan, der besser und günstiger als die „schreckliche Obamacare“ sein

werde – hat ihn aber immer noch nicht präsentiert. Biden kündigt unterdessen an, die „Obamacare“ noch auszuweiten, vor allem für Geringverdienner.

**Rassismus:** Der bei Afroamerikanern populäre Biden sagt ganz klar, dass es in den USA Rassismus gebe, der in den Institutionen verankert sei. Er wolle unter anderem mit einer Polizeireform und besseren wirtschaftlichen Bedingungen für Schwarze gegensteuern. Trump verneint hingegen einen systematischen Rassismus in den USA

und verurteilte die Protestbewegung „Black Lives Matter“ als „sozialistische, marxistische Organisation“.

**Umwelt:** Auf einer Liste des Weißen Hauses mit mehr als 50 Errungenschaften rechnet Trump sich zugute, aus dem „Arbeitsplatz vernichtenden“ Pariser Klimaabkommen ausgestiegen zu sein. Biden hat für den Fall eines Wahlsieges angekündigt, die USA wieder ins Abkommen zurückzubringen. Trump sagt, die USA hätten das sauberste Wasser und die reinste Luft. © Alle Rechte vorbehalten

## EUROPA-SPLITTER

# Nachhaltigkeit in Europa

ENTWICKLUNGSZIELE: EU muss zur globalen Agenda 2030 beitragen, wenn diese Erfolg haben soll

Diese Woche hatten die Vereinten Nationen ihren 75. Geburtstag. Dieses Dreivierteljahrhundert war alles andere als frei von Krisen und Rückschlägen. Und dennoch ist klar, dass es ohne „die UNO“ nicht geht. Laut einer aktuellen Umfrage unter einer Million Menschen glauben fast 90 Prozent, dass eine internationale Zusammenarbeit überlebenswichtig ist. Das zeigt sich besonders bei der Nachhaltigkeitsagenda 2030, auf die sich die 193 Staaten 2015 geeinigt haben.

Im Rahmen dieser Partnerschaft soll der Philosophie der Nachhaltigkeit in den 3 Kernbereichen menschlicher Aktivität zum Durchbruch verholfen werden: im Sozialen, in der Wirtschaft und in der Umwelt.

Der Erfolg oder Misserfolg der UNO in dieser Mammutaufgabe wird sich in 10 Jahren offenbaren. Bis dahin soll die „Agenda 2030“ Früchte tragen. Die Agenda 2030 hat 17 nachhaltige Entwicklungsziele, die wiederum insgesamt 169 spezi-

fische Unterziele haben. Es geht hierbei unter anderem um Armutsbekämpfung, Sicherung der weltweiten Ernährung, Gesundheit und Wohlergehen, Bildung, Gleichstellung von Frauen und Männern, Sicherung von Wasserverfügbarkeit, bezahlbare und saubere Energie, nachhaltige Wirtschaft und Infrastruktur, Kampf gegen Ungleichheit (Ziel 10).

### Bisherige Ergebnisse sind bescheiden bzw. sehr durchwachsen

Anders als bei den Millenniumszielen („MDGs“) geht es bei den Nachhaltigkeitszielen („SDGs“) nicht nur um Entwicklungsländer, sondern den gesamten Planeten.

Da 27 der 193 Staaten zentrale Kompetenzen auf einer supranationalen Ebene miteinander teilen, sind die Nachhaltigkeitsziele in Europa auch durch die EU umzusetzen. Ohne Anstrengungen seitens der EU kann die Strategie 2030 kein Er-



Ein Symbolbild für grüne Energie.

folg werden. So haben sich die EU-Mitgliedstaaten darauf verständigt, die Kommission damit zu beauftragen, regelmäßig eine detaillierte Überwachung der Ziele auf EU-Ebene vorzuneh-

men. Im Rat der EU wurde Ende 2017 eine neue Ratsarbeitsgruppe „Agenda 2030“ geschaffen, welche die Fortschritte der EU sowie der EU-Mitgliedstaaten verfolgt.

Die bisherigen Ergebnisse sind bescheiden bzw. sehr durchwachsen. Das geben selbst die Minister zu.

Die Ende 2019 angenommenen Schlussfolgerungen des Rates verweisen auf gute Fortschritte bei der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der EU, gestehen aber ein, dass die Armutsquote in einigen Mitgliedstaaten hoch ist und die Einkommensungleichheit seit 2008 wieder steigt.

Die Folgen der Coronakrise sind hier noch gar nicht eingerechnet. Auch sind der Rohstoff- und Energieverbrauch gestiegen wie auch die verkehrsbedingten Treibhausgase. Hoffnungsvoll verweist der Rat auf die „tragende Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und Städte“.

© Alle Rechte vorbehalten

## 5 FRAGEN AN ...

### ... Gabriel N. Toggenburg\*



be, nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherzustellen. Pro Person verschwenden wir jährlich über 170 kg an Lebensmitteln.

#### „D“: Bedarf es einer EU-Strategie?

Toggenburg: In ihrem Reflexionspapier zur Agenda 2030 hat die Kommission eine solche in Aussicht gestellt. Doch wichtiger ist, dass der Wille zur Umsetzung von der lokalen Ebene kommt.

#### „D“: Was soll Bozen machen?

Toggenburg: Die Landeshauptstadt könnte dem Beispiel von Graz folgen und sich zur „Menschenrechtsstadt“ erklären – also unter anderem regelmäßig prüfen, wie soziale Nachhaltigkeit in der Stadtpolitik gefördert werden kann. Auch ein positiver Wettbewerb zwischen den Gemeinden könnte helfen. Ein Blick auf „sustainability.bz.it“ bietet die nötigen Daten. Südtirols Netzwerk für Nachhaltigkeit könnte einbezogen werden. ©

#### „Dolomiten“: Wer ist in Brüssel für Nachhaltigkeit zuständig?

Toggenburg: Im Grunde jeder der 27 EU-Kommissare. Doch die Koordinierung liegt beim Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni, Italiens Expremier.

#### „D“: Stimmt es, dass die EU-Staaten Spitzenreiter bei den Nachhaltigkeitszielen sind?

Toggenburg: Nicht erst seit Spiderman weiß man, dass mit großen Möglichkeiten große Verantwortung verbunden ist. Und zu jeder indikatorbasierten Messung gibt es unterschiedliche Interpretationen. Und bei manchen Zielen schneiden wir soundso miserabel ab.

#### „D“: Wo liegen die Probleme?

Toggenburg: Relativ betrachtet sind die EU-Staaten etwa besonders schlecht in der Aufga-

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.